



Delmenhorster Kurier
16. Februar 2019

Delmenhorster Kurier
16.2.19 S.1

Kultus-Kampf

Oberbürgermeister Jahnz folgt in Schulpolitik nicht seiner Fachverwaltung

VON ANDREAS D. BECKER

Delmenhorst. Sechs zu sechs, patt. So schien die Abstimmung im Verwaltungsausschuss am Mittwoch ausgegangen zu sein, als es um das Thema „Künftige Schulentwicklung in Delmenhorst“ ging. Zur Debatte stand da gerade die Variante 1a, jener Vorschlag der CDU also, der nicht nur den Erhalt von Haupt- und Realschule, sondern sogar die Trennung der jetzigen Realschule in wieder zwei eigenständige Schulen beinhaltet. Doch es konnte kein Patt geben, es waren 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. „Wie hat der Oberbürgermeister abgestimmt?“, fragte dann einer der Politiker. „Ich habe mit Ja gestimmt“, sagte Oberbürgermeister Axel Jahnz. Das bedeutete 7:6, der Antrag war angenommen. Jubel und Heiterkeit gab es daraufhin bei CDU, FDP und UAD, die den Antrag gemeinsam unterstützten und auch von der AfD die Stimmen erhielten. Auf der anderen Seite, vor allem bei der Fraktion SPD & Partner, herrschte dagegen echte Verblüffung.

So soll es sich am Dienstag im nicht öffentlich tagenden Verwaltungsausschuss abgespielt haben. Mehrere Politiker haben die Version unabhängig voneinander bestätigt. Offiziell wird nie gesagt, wer wie abgestimmt hat. Doch weil die Stimme des Oberbürgermeisters in diesem Fall so wichtig war, wurde die Geschichte unter der Hand weitererzählt. Und weil es zwischen den beiden Lagern in dieser Frage zu einem sehr engen Abstimmungsergebnis im Rat kommen wird – formal sind

beide Gruppen gleich groß, die Frage lautet also vielmehr, welches Ratsmitglied bei der Sitzung fehlen wird und welches nicht –, ist Jahnz Stimme so wichtig.

Der Oberbürgermeister hat somit auch gegen den Vorschlag seiner Fachverwaltung gestimmt. Die wollte die Haupt- und Realschule auslaufen lassen und eine dritte Oberschule gründen. „Aber vieles in unserer Variante war in dem Verwaltungsvorschlag enthalten“, sagt Kristof Ogonovski, Fraktionsvorsitzender der CDU im Nachgang der Verwaltungsausschusssitzung. Von daher könne, so wie er es beurteile und wie es sich am Abstimmungsverhalten von Jahnz zeige, auch die Verwaltung damit leben. „Sie wollte halt einen Vorschlag machen, aber daran klebte sicherlich nicht ihr Herzblut.“ Zumal einer der wesentlichsten Punkte auch nicht ins Stocken gerate, erklärte Ogonovski: „Wir müssen sehen, dass die Geschichte mit dem Abitur nach 13 Schuljahren ab dem Sommer 2020 sauber läuft.“ Bis dahin müsse das Max-Planck-Gymnasium einen Anbau bekommen, bis dahin muss die Oberschule Süd am Brendelweg zusammgezogen sein, bis dahin muss das Gymnasium an der Willmsstraße das Gebäude an der Königsberger Straße bezogen haben.

Mit Blick auf G9, wie das Abitur nach 13 Schuljahren in der Fachsprache heißt und das dafür sorgt, dass an den Gymnasien mit einem Schlag wieder ein Jahrgang mehr unterrichtet werden muss, kann auch Bettina Oestermann, Fraktionsvorsitzende der SPD, nicht meckern. „Deswegen wollten wir gern eine Abstimmung über die einzelnen Punkte des CDU-Antrags, weil wir eben nichts blockieren wollen, sondern nur in bestimmten Punkten nicht mit dem Inhalt des Antrags übereinstimmen“, erklärte sie auf Nachfrage. Es scheint auch nicht ausgeschlossen, dass am Mittwoch im Rat so verfahren wird. Trotzdem beharren die Sozialdemokraten darauf, noch detailliertere Daten von der Verwaltung zu bekommen, um verlässlichere Entscheidungen zur künftigen Schulentwicklung treffen zu können. „Dieses Material haben wir 2016 auch schon mal von der Verwaltung erhalten, sie müsste es also nur aktualisieren.“

Oberbürgermeister Axel Jahnz, der mit Blick auf die Abstimmung im Verwaltungsausschuss auf die Vertraulichkeit verweist, betont mit Blick auf die Schulpolitik in der Stadt: „Es muss sofort beiden Gymnasien geholfen werden. Das Willms benötigt seine Dependence an der Königsberger Straße, das Maxe braucht neue Räume.“ Das müsse jetzt auf den Weg gebracht werden. Mit Blick auf den Vorschlag der Fachverwaltung zur Umgestaltung der Schullandschaft verweist der Oberbürgermeister auf die politischen Realitäten: „Man muss auch Mehrheiten akzeptieren. Und der Vorschlag aus unserem Haus hat keine realistische Chance, angenommen zu werden.“ Außerdem sei eine Entscheidung jetzt nicht in Stein gemeißelt. „Wir müssen immer überprüfen, ob alles so bleiben kann.“

Die Ratssitzung startet am Mittwoch, 20. Februar, um 17 Uhr in der Markthalle.

KOMMENTAR Delmenhorster Kurier 16.2.19 S.1

Bemerkenswertes Abstimmungsverhalten



Andreas D. Becker
über die Schullandschaft

N och ist es nicht sicher, ob sich CDU, FDP, UAD und AfD in der Schulentwicklungsplanung durchsetzen. Der Zuspruch für die sogenannte Variante 1a war sowohl im Bildungs- als auch diese Woche im Verwaltungsausschuss nicht so deutlich, dass es am Mittwoch im Rat ein Selbstläufer wird. Aber es deutet doch einiges darauf hin, dass die Befürworter der weiterhin eigenständigen Haupt- und Realschulen jubeln dürfen. Das Züngeln an der Waage wird Oberbürgermeister Axel Jahnz sein – und wie schon im Verwaltungsausschuss

wird er sich auch im Rat sehr wahrscheinlich diesem Vorschlag anschließen.

Das Stimmverhalten des Oberbürgermeisters ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Er stimmt damit gegen seine eigene Partei, die SPD. Das muss aufgrund seiner Überparteilichkeit von Amts wegen auf den ersten Blick nicht verwundern. Aber die Gestaltung der Bildungslandschaft ist ein so immens wichtiges Thema für die Sozialdemokraten, dass es schon aufhorchen lässt, wenn die Partei und ihr prominentestes Mitglied bei einem ihrer Kernthemen nicht auf einer Linie liegen. Nicht nur das: Jahnz unterstützt jetzt ausdrücklich einen CDU-Vorschlag.

Jahnz bringt aber nicht nur seine Partei in Erklärungsnot, sondern er stellt sich auch gegen seine Fachverwaltung. Da mag

man jetzt argumentieren, dass es sich nur um einen Vorschlag der Verwaltung gehandelt habe, Haupt- und Realschule auslaufen zu lassen, die Entscheidungshoheit liege ja sowieso beim Rat. Doch das greift zu kurz, zumindest wenn man zurecht vermutet, dass der zuständige Fachbereichsleiter Hero Mennebäck und der federführend verantwortliche zeichnende Erste Stadtrat Markus Pragal den Verwaltungsvorschlag nicht nur ausgewürfelt, sondern im Bewusstsein aller Konsequenzen mit Bedacht ausgewählt haben. Für Pragal war die Schulentwicklungsplanung das erste große Projekt. Es ist ihm nicht gelungen, seine Vorstellungen der Politik schmackhaft zu machen, ja nicht einmal seinen Chef konnte er überzeugen. Es ist eine große Niederlage für ihn.

andreas.becker@weser-kurier.de

Delmenhorster Kreisblatt
20. Februar 2019

Delmenhorster Kreisblatt 20.02.19 S.1

Heute geht es um die Zukunft der Schullandschaft

Rat soll in der Markthalle weitreichende Entscheidung treffen

DELMENHORST Die Entscheidung rückt immer näher. Die Weichenstellung für die künftige Schullandschaft in der Stadt Delmenhorst steht an. Am heutigen Mittwoch, 17 Uhr, beginnt in der Markthalle eine mit Spannung erwartete Ratsitzung. Danach könnte Klarheit darüber herrschen, ob Haupt- und Realschule weiter eine Zukunft haben. Es ist mit einer hauchdünnen Entscheidung zu rechnen, sodass es auch darauf ankommen kann, wie viele Ratspolitiker aus den politischen Lagern heute an der Sitzung im historischen Rundbau teilnehmen können.

Die Lage derzeit: Mit jeweils knappem Votum haben sich der Bildungsausschuss und anschließend –

noch knapper – der Verwaltungsausschuss für den Vorschlag der CDU entschieden, eine Variante 1a durchzusetzen, die den Erhalt der Haupt- und der Realschule vorsieht. Einen entsprechenden Antrag hatte die CDU gemeinsam mit der FDP und der UAD gestellt. Die AfD unterstützte den Antrag mit ihren Stimmen im Fachausschuss.

Die Gruppe SPD & Partner wurde von dem Antrag ein wenig überrollt. Sie plädiert nach wie vor dafür, dass die Verwaltung mehr Informationen liefern müsse, „um eine verlässliche Grundlage für die Schulentwicklung der Stadt Delmenhorst zu haben“. Die Verwaltung, das fordert die Gruppe, soll für jede Schule

der Stadt eine Standortanalyse liefern.

Der Vorschlag der Verwaltung, als Variante 3 im Umlauf, sieht im Gegensatz zur Variante 1a die Zusammenführung der Realschule und der Hauptschule zu einer – dann dritten – Oberschule in Delmenhorst vor. Dieser Vorschlag hat bislang aber keine Unterstützung gefunden.

Eltern und Schüler demonstrieren für Vielfalt

Auch vor und in der Ratsitzung – während der Einwohnerfragestunde – dürften Eltern und Schüler heute wieder deutlich Position beziehen, vor allem die, die für den Erhalt der Haupt- und der Realschule sind. Sie setzen sich für die „Vielfalt in der Schullandschaft“ ein. *juls*

Realschule bleibt mit zwei Standorten erhalten

Mitunter hitzige Debatte in Ratssitzung / Geheime Abstimmung

Der Rat hat gestern in einer emotionalen Sitzung wichtige Weichen in der Schulentwicklung gestellt. Dabei konnte jedes politische Lager Teilerfolge für sich erzielen.

Von Marco Julius

DELMENHORST Hitzige Debatten, gegenseitige Vorwürfe, geheime Abstimmungen, knappe Ergebnisse: Die Ratssitzung, die am gestrigen späten Nachmittag begann und sich bis in den Abend zog, hat einiges zu bieten gehabt. Was die Schüler, Lehrer und Eltern, die sich in der Markthalle eingefunden hatten, am meisten interessierte, stand dann gegen 20 Uhr fest. Die Realschule Delmenhorst bleibt bestehen, allerdings wie bisher als eine Schule mit zwei Standorten. Der Antrag der CDU, unterstützt von UAD und FDP, wieder zwei eigenständige Realschulen einzuführen, ist knapp abgelehnt worden. Für den CDU-Vorschlag stimmten in geheimer Abstimmung 19, dagegen 21 Ratsmitglieder. Dazu gab es eine Enthaltung. Damit bleibt es bei einer Realschule – ein Vorschlag, den Oberbürgermeister Axel Jahnz zu Beginn der Sitzung so schon unterbreitet hatte. Ebenfalls abgelehnt wurde der Part des CDU-Antrags, der vorsah, eine der beiden Oberschulen mit einem gymnasialen Zweig auszustatten. 18 Ja-Stimmen standen gegen 23-Nein-Stimmen.

Mehr Erfolg hatte die CDU mit ihrer Forderung, die Oberschule Süd am Bendelweg zu konzentrieren und dort das Schulgebäude zu erweitern. In geheimer Abstimmung votierten 36 Ratsmitglieder dafür, drei dagegen, zwei enthielten sich.

Um die Raumnot der beiden Gymnasien abzumildern, die insbesondere durch die Wiedereinführung von G9 entsteht, hat die CDU beantragt, dass das durch die Konzentrierung

der Oberschule Süd auf einen Standort freie Schulgebäude an der Königsberger Straße dem Willms-Gymnasium zur Außenstelle zugeschlagen wird. Das Max-Planck-Gymnasium soll eine bauliche Erweiterung am Standort erhalten. Dieser Antrag ist in offener Abstimmung einstimmig angenommen worden.

Einen Erfolg für sich verbuchte die CDU auch bei ihrer Forderung, die Realschule an der Lilienstraße künftig in allen Jahrgängen dreizügig zu fahren. Dieser Vorschlag fand ebenfalls in offener Abstimmung 21 Ja-Stimmen. 20 Ratsmitglieder stimmten dagegen. Dafür – und damit gegen die SPD –

stimmte Oberbürgermeister Jahnz.

Einen Erfolg verbuchen durfte aber auch die Gruppe SPD & Partner. Ihr Antrag, eine genauere Analyse der Schullandschaft vorzunehmen, um eine verlässliche Grundlage für die Schulentwicklung zu haben, fand in geheimer Abstimmung die Mehrheit von einer Stimme. Hier stimmte Jahnz mit seiner Partei. Der Antrag entspräche dem, was die Verwaltung sowieso laufend als Arbeitsauftrag habe, so Jahnz.

„Mit unseren Entscheidungen haben wir die Raumproblematik, die durch G8/G9 entsteht, gelöst“, sagte die Ratsvorsit-

zende Antje Beilemann im Anschluss an den Abstimmungs-marathon. Jahnz hatte beantragt, den CDU-Antrag in einzelnen Schritten abzustimmen. Peter Stemmler (UAD) hatte für einige Punkte dann geheime Abstimmung beantragt. „Es gehört Mut dazu, gegen seine Partei zu stimmen“, sagte Stemmler zuvor.

In der Sitzung hatten sich vor allem Mitglieder der SPD und der CDU einen mitunter heftigen Wortwechsel geliefert und sich gegenseitig „Unterstellungen“ vorgeworfen. Am Ende waren sich zumindest alle einig, dass die Schulentwicklung mit den Beschlüssen nicht beendet ist.



Schülerinnen und Schüler der Realschule haben sich vor der Ratssitzung noch einmal für den Erhalt ihrer Schule und der Schulform Realschule stark gemacht. FOTO: MARCO JULIUS

KOMMENTAR

Oberschule zählt zu den Verlierern

In der Politik ist es wie im Sport. Ergebnisse zählen. Und jeder versucht, zu den Gewinnern zu gehören. In der Ratssitzung gab es einige Gewinner. Auch wenn die CDU mit ihrem Antrag, wieder zwei eigenständige Realschulen einzuführen, nicht durchkam: Sie darf sich insgesamt durchaus als Gewinner fühlen. An der Schulform Realschule rüttelt erstmal niemand mehr. Gleiches gilt auch für die SPD, die nicht über Schulformen



Von
Marco
Julius

diskutieren wollte, mit ihrem Arbeitsauftrag an die Verwaltung aber durchkam. Als Gewinner fühlen dürfen sich auch all die, die für den Erhalt der Haupt- und der Realschule gekämpft haben. Auch für die beiden Gymnasien gab es gute Nachrichten, wenngleich die

Beschlüsse die Raumnot nur lindern und nicht ganz lösen werden.

Die Oberschule aber, eine Schulform ohne Lobby, die muss man wohl zu den Verlierern des Abends zählen – was die engagierten Pädagogen vor Ort nicht verdient haben. Über kurz oder lang kommt jetzt die Abstimmung mit den Füßen. Und da gerät die Oberschule weiter ins Hintertreffen.

marco.julius@noz.de

Delmenhorster Kreisblatt 22.2.19 S.1

Schulleiter Stefan Nolting verweist auf den Zeitdruck

Nach dem Ratsentscheid: Wie es mit den Gymnasien weitergeht

Von Marco Julius

DELMENHORST Momente, in denen die Ratsmitglieder unter sich und dann zusätzlich noch mit der Verwaltung Einigkeit gezeigt haben, die waren selten in der Ratssitzung am Mittwoch. Einen Konsens in der Schulentwicklung herzustellen, war ein zäher Kampf. An einem Punkt aber, da waren sich dann doch alle einig.

Wenn zum 1. August 2020, wenn wegen der Rückkehr zu G9 an den Gymnasien plötzlich ein Jahrgang mehr an den Schulen unterrichtet werden muss, dann muss für diese Schüler auch räumlich Platz sein. Das Gymnasium an der Willmsstraße, das hat der Rat auf den Weg gebracht, bekommt eine Außenstelle an

der Königsberger Straße, wo die Oberschule Süd Platz macht.

Was sagt Stefan Nolting, Schulleiter des Willms-Gymnasiums, zu der Entscheidung? „Die Lösung an der Königsberger Straße kann für uns funktionieren“, betont er auf Nachfrage, auch wenn eine Außenstelle nie die Ideallösung sei. Noch mehr aber betont er einen Satz, den er hinterher schiebt: „Funktionieren kann das nur, wenn zum 1. August der erste Bauabschnitt komplett beendet ist.“ Klassenräume und Fachräume für etwa 320 Schülerinnen und Schüler müssten am Ende vorhanden sein. An der Königsberger Straße will das Gymnasium die Jahrgänge 9 und 10 beschulen. Doch dort be-

steht zunächst einmal erheblicher Renovierungsbedarf.

Nolting hofft darauf, dass man die Stadtverwaltung jetzt machen lässt, damit der Zeitplan eingehalten werden kann. „Das muss jetzt Priorität haben“, sagt der Schulleiter. Aus seiner Sicht ist bereits viel Zeit verloren gegangen. Kritik, die sich an den Stadtrat richtet. „Seit sechs Jahren weise ich auf das kommende Raumproblem hin.“

Für das Max-Planck-Gymnasium sieht der Ratsentscheid von Mittwoch einen Erweiterungsbau vor. Eine Zwischenlösung mit Containern wäre möglich. Für eine erste Einschätzung des Entscheids war die Schulleitung gestern nicht zu erreichen.

Delmenhorster Kreisblatt 22.2.19 S.3.

Stärkung für die Schulsozialarbeit

Land bewilligt neue Stellen in der Stadt

DELMENHORST Delmenhorst wird zwei neue Schulsozialarbeiter bekommen. Das hat das niedersächsische Kultusministerium mitgeteilt. Konkret sollen die Berufsbildenden Schulen an der Richtstraße und am Wiekhorner Heuweg, also die BBS I und BBS II, von dem Stellenzuwachs profitieren. Die Stellen werden jetzt ausgeschrieben.

Landesweit hat das Ministerium veranlasst, 100 Stellen in der Schulsozialarbeit für sozialpädagogische Fachkräfte auszuschreiben, teilte es mit. Die meisten werden an Grundschulen und an Gymnasien geschaffen. Ausschlaggebend für einen Entschluss waren Schulform, Ganztagsangebot und Zahl der Schüler. Die Sozialpädagogen sollen vor allem bei Tätigkeiten außerhalb des Unterrichts unterstützen, teilte Kultusminister Gant Hendrik Tonne (SPD) mit. So sollen sie in der Berufs-, aber auch der Konfliktberatung für Schüler und Eltern zum Einsatz kommen.

Wie wichtig in Delmenhorst diese Arbeit ist, hatte erst im vergangenen November im Jugendhilfeausschuss ein Appell von BBS I und der Förderschule an der Karlstra-

ße deutlich gemacht: Um Probleme mit Drogen, Mobbing oder Schuleschwänzen besser zu bewältigen, hatten sie neue Stellen beantragt. BBS-I-Schulleiterin Katja Mönning hatte die Tätigkeit der Schulsozialarbeiter als „unverzichtbar“ bezeichnet. Laut Rudolf Mattern, Fachbereichsleiter Soziales bei der Stadt, sind als Folge des Antrags 70 000 Euro für die Schulsozialarbeit an der Förderschule im Haushalt 2019 eingeplant, die mit der Genehmigung freigegeben werden. Jährlich stecke die Stadt bereits rund eine Million Euro über die Jugendhilfestiftung in die Schulsozialarbeit. Die BBS I wird nun vom Land begünstigt.

Nicht ausgeschlossen ist, dass Delmenhorst von weiteren Stellenzuwächsen profitieren könnte: Nach einer Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden 2016 hat das Land beschlossen, von 2019 bis 2021 insgesamt 200 zusätzliche Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit im Land zu schaffen, teilt das Kultusministerium mit. Am Ende sollen etwa 1200 sozialpädagogische Fachkräfte an insgesamt rund 1100 Schulen beschäftigt sein.

fred

Delmenhorster Kreisblatt 22.2.19 S.3

Grundschule verspricht sich viel von neuer Bücherei

Angebot soll Teil der Schüler Lesewelten erstmals erschließen

Von Kea Neeland
und Naila Duddek

DELMENHORST Die Begeisterung für das Lesen bei Schülern zu wecken, das ist das Ziel der Grundschule am Grünen Kamp. Deshalb hat die Schule jetzt eine eigene Schulbücherei bekommen. Früher sind die zweiten Klassen immer in die Stadtbibliothek gegangen und bekamen dort einen Bibliotheksausweis. Dieser wurde aber selten genutzt, sagt Lehrerin Karen Eilers. Allgemein sei die Leseleistung der Schüler zunehmend schwächer geworden,

was dazu geführt habe, dass die Schule auch nicht mehr am stadtweiten Grundschullesewettbewerb teilnimmt.

Um die Schüler wieder zum Bücherlesen zu animieren, hat die Grundschule eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Karen Eilers und Inken Lissy gegründet, die das Projekt Bibliothek vorangetrieben haben.

Die Stadt Delmenhorst hat die Renovierung sowie die Möblierung des Raumes übernommen. Insgesamt 600 Bücher sind durch Spenden und Käufe zusammengekommen. Über wei-

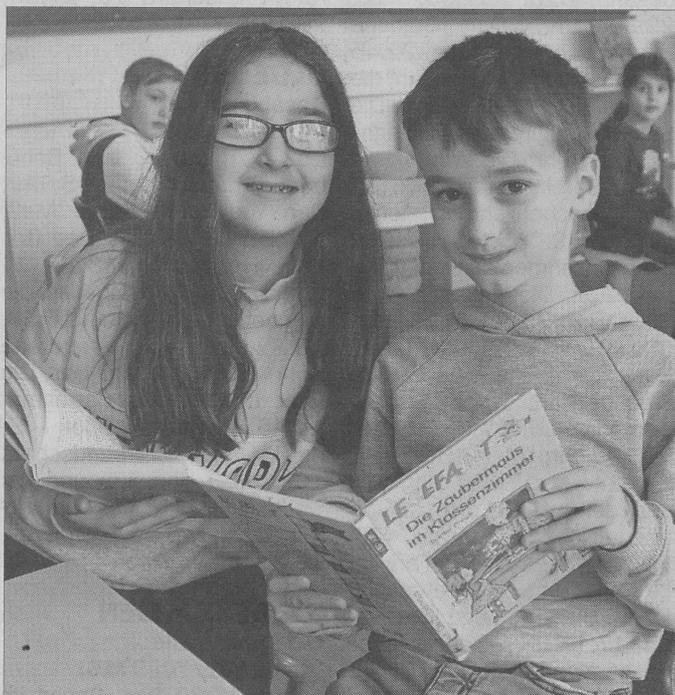
tere Spenden von altersgerechten Büchern würde sich die Schule sehr freuen.

Die Arbeitsgruppe hat die Bücher entsprechend des Lesealters sortiert. Jede Klasse hat in ihrem Stundenplan einmal pro Woche eine feste Bibliotheksstunde, in der die Schüler schmökern können. Das Ziel ist es, erzählt Eilers, die Kinder neugierig auf Geschichten zu machen und zu motivieren, auch in ihrer Freizeit zu lesen.

Gerade Flüchtlingskindern eröffne die Bücherei eine ganz neue Welt, nämlich die der Sprache. Viele haben Leseschwierigkeiten, da sie erst mal das deutsche Alphabet lernen müssen und deshalb noch teilweise in der vierten Klasse kaum lesen können.

Ein weiterer Anreiz für die Kinder ist das Computerprogramm „Antolin“, mit dem sie pro gelesenen Buch Punkte sammeln können. Auch ein schulinterner Lesewettbewerb der dritten und vierten Klassen soll zum Lesen anregen. Die Kinder sollen lernen, sorgfältig mit den Büchern umzugehen, wenn sie diese ausleihen.

Die neunjährige Elsa möchte das Buch „Hier kommt Lola“, welches sie gerade entdeckt hat, am liebsten innerhalb einer Woche durchlesen. Dion, sieben Jahre, freut sich, nun eine Schulbibliothek zu haben. Am liebsten liest er „draußen in der Sonne“.



Elsa und Dion freuen sich über die Bücherauswahl in der neuen Schulbücherei.

FOTO: KEA NEELAND

Gesamtschulen schlagen Alarm

IGS-Direktoren in Hannover sehen sich im Nachteil

VON PETER MLODOCH

Hannover. Eigentlich sind die Integrierten Gesamtschulen (IGS) und deren Lehrer stolz auf ihre Leistungen bei der Inklusion, beim gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Doch nun fühlen sich zumindest die elf IGS in Hannover im Stich gelassen. In einem Brandbrief an Stadt und Schulbehörde beklagen deren Schulleiter, dass sie die Hauptlast der Inklusion tragen müssten, dass sich insbesondere die Gymnasien einen schlanken Fuß machten und kaum gehandicapte Schüler aufnahmen.

Gleichzeitig drohen die IGS-Chefs damit, ab dem nächsten Schuljahr nur noch die Hälfte der bisherigen Förderkinder aufzunehmen: statt bisher durchschnittlich drei pro Klasse nur noch 1,5 Schüler. Das wütende Alarmschreiben hat mittlerweile in ganz Niedersachsen eine Diskussion über die Inklusion insgesamt ausgelöst.

„Die Inklusion in ihrer bisherigen Form ist gescheitert“, kritisiert etwa der Landesvorsitzende der Direktorenvereinigung, Wolfgang Schimpf. Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Benachteiligung finde in der Regel gar nicht statt. Die beeinträchtigten Schüler würden nämlich meist gesondert betreut. Auch Thorsten Neumann, Chef des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte, bezweifelt den Erfolg der Inklusion. Zu wenig Förderschullehrkräfte, kein ausreichender Betreuungsschlüssel, unzureichende bauliche Ausstattung, bemängeln Eltern wie Lehrer. Auch an den Grundschulen regt sich Unmut. Elternvertreter aus der Region Hannover fordern in einer Petition an den Landtag künftig fünf statt wie bisher zwei Stunden sonderpädagogische Betreuung pro Klasse.

„Ja, es ist schwierig. Und ja, wir müssen besser werden“, gibt Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) Probleme bei der praktischen Umsetzung der Inklusion unumwunden zu. Gleichzeitig warnt der Ressortchef aber vor einer Rückkehr zum alten Förderschulsystem, wie es bereits FDP-Schulexperte Björn Försterling fordert. „Damit würden wir es uns zu einfach machen“, betont Tonne. „Inklusion ist ein Prozess, der mit großen Herausforderungen verbunden ist. Wir machen uns deswegen intensiv auf den Weg, die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern.“

1,9 Milliarden Euro stecke das Land bis 2022 in die Umsetzung, etwa durch die Stärkung der Multiprofessionalität an den Schulen. „Wenn Regelschullehrkräfte, Förderschullehrkräfte, Schulsozialarbeit und pädagogische Fachkräfte ihre jeweiligen Kompetenzen langfristig in einem Kollegium einbringen können, dann profitieren alle davon.“ Es sei „fahrlässig und verantwortungslos“, den parteiübergrei-

re-Goldschmidt-Schule. Wenn es an den IGS zu viele Schüler mit Unterstützungsbedarf gebe, funktioniere deren Konzept nicht mehr. Also müssten auch die Gymnasien einen Beitrag leisten. „Aber ich glaube, man möchte dort einfach nicht“, meint Bax resigniert. Daher sehe man sich jetzt zum teilweisen Aufnahmestopp gezwungen.

Normalerweise können Eltern in Niedersachsen entscheiden, in welcher Schule sie ihre Kinder anmelden. Nur wenn es dort nicht ausreichend Plätze gibt, können Schüler abgewiesen werden. Gesamtschulen dagegen dürfen ihre Plätze auslosen, um so einen Überhang an leistungsstarken oder leistungsschwachen Kindern zu verhindern.

Schulen seien nicht dazu da, Schüler zu betreuen, sondern diese auf ihren Abschluss vorzubereiten, erwidert Horst Audritz, Vorsitzen-

„Die Inklusion
in ihrer bisherigen Form
ist gescheitert.“

Wolfgang Schimpf, Direktorenvereinigung

der des Philologenverbandes, der hauptsächlich die Interessen der Gymnasiallehrer vertritt. Schüler mit einer körperlichen Behinderung könnten gut auf ein Gymnasium passen. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf hätten jedoch „nur Misserfolgserlebnisse“. Deswegen sollten die Eltern das „verantwortungsbewusst entscheiden“.

Die Organisation sieht nicht die Gymnasien in der Pflicht, sondern das Kultusministerium. „Die Inklusion wird einseitig auf die Lehrkräfte abgeladen, ohne hinreichende Unterstützungsleistungen wie beispielsweise durch Schulbegleiter oder Förderschullehrer zu gewähren“, schimpft Audritz. Diesen Vorwurf wiederum möchte das Ministerium nicht auf sich sitzen lassen. Auch an den Gymnasien seien „die personellen und räumlichen Voraussetzungen für eine inklusive Beschulung“ gegeben, erklärt ein Sprecher.

Zwei Drittel der Kinder mit Förderbedarf gehen in Niedersachsen mittlerweile nicht mehr auf eine Förderschule, sondern auf eine Regelschule – Tendenz steigend. Die Hauptlast tragen allerdings die Hauptschulen, fast 15 Prozent beträgt dort der Anteil der Schüler mit Unterstützungsbedarf. Der Landesrechnungshof betrachtet das mit großer Sorge: „Bei Fortsetzung dieses Trends ist nicht auszuschließen, dass Hauptschulen innerhalb weniger Jahre den Status faktischer Förderschulen erlangen könnten.“

fenden Konsens bei der Inklusion wieder infrage zu stellen, meint auch Grünen-Schulexpertin Julia Hamburg mit Blick auf Äußerungen von CDU und FDP.

GEW-Landeschefin Laura Pooth forderte, die Gymnasien stärker in die Pflicht zu nehmen. Die Zahlen dazu sind eindeutig: Von den knapp 15 000 Gymnasiasten in Hannover Stand August 2018 hatten lediglich 33 einen Förderbedarf im Bereich Lernen oder geistige Entwicklung. Bei den 10 950 IGS-Schülern waren es dagegen 654. „Es ist sehr ungerecht verteilt“, beklagt Michael Bax, Leiter der Leono-

Inklusion am Horner Gymnasium

In Bremen hatte der Streit um die Inklusion am Gymnasium Horn im vergangenen Jahr bundesweit für Aufsehen gesorgt. Die Schulleiterin Christel Kelm hatte gegen die Einrichtung einer Inklusionsklasse geklagt, das Verwaltungsgericht wies die Klage ab. Die Klägerin hatte geltend gemacht, die Beschulung behinderter Schüler an einem Gymnasium widerspreche der Konzeption dieser Schulform, denn dort würden an Lernfähigkeit und Lerntempo der Kinder besondere Anforderungen gestellt.



SCHULENTWICKLUNG IN DELMENHORST

Delmenhorster Kurier
22.2.19 S.1

Der Wandel v

An der Real- und an der Hauptschule können sie aufatmen. Der Einsatz von Lehrern, Schülern und Eltern hat sich gelohnt, beide werden vorerst nicht abgewickelt. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, diese beiden Schulformen auslaufen zu lassen, um eine dritte Oberschule zu gründen. Das wird im Moment nicht kommen. Das bedeutet aber nicht, dass dieses Thema damit vom Tisch ist. Ganz im Gegenteil ist damit zu rechnen, dass die Diskussion schon bald erneut geführt wird.

Das hat nichts damit zu tun, dass es große Real- oder Hauptschulgegner im Rat oder an anderer Stelle gibt. Und niemand wird auch nur ansatzweise bezweifeln können, dass sowohl an der Lilien- als auch an der Holbeinstraße als auch am Stubbenweg exzellente pädagogische Arbeit geleistet wird. Die besagten Schulen sind toll, aber die Qualität des Unterrichts beziehungsweise die Schulform an sich sind gar nicht der springende Punkt. Dass die Realschuldiskussion bald wieder geführt werden könnte, hat vielmehr etwas mit der grundsätzlichen Konstellation der aktuellen Schullandschaft zu tun. Und die ist komplizierter als noch vor zehn oder 15 Jahren.

So gesehen ist der Beschluss des Rates vom Mittwoch gar nicht schlecht. Zuerst wird jetzt das Leid der beiden allgemeinbildenden Gymnasien mit ihren drohenden Raumproblemen durch G9, also das Abitur nach 13 statt nach zwölf Schuljahren, gelindert. An der Stelle pressiert es. Dabei ist es für die Delmenhorster Stadtverwaltung schon ein ambitioniertes Projekt, bis zum 1. August 2020 überhaupt etwas von den Beschlüssen umzusetzen (siehe Bericht unten).

Mehr schulpolitische Disziplin

Für die restliche Schullandschaft will sich die Politik jetzt mehr Zeit nehmen. Wichtig ist nur, dass diese Zeit auch genutzt wird. So gesehen war der Antrag der Fraktion SPD & Partner gar nicht verkehrt, nicht nur als Arbeitsauftrag an die Verwaltung, mehr Daten für die Beratungen zu kuratieren, sondern auch als politische Selbstverpflichtung, das Thema weiter im Blick zu behalten. Zwar gab es Versicherungen von allen Seiten, dass dies ja sowieso geschehe. Aber das stimmt nicht. Seitdem das bildungspolitische Großprojekt „Zweite Integrierte Gesamtschule (IGS) in Delmenhorst“ 2012 de facto zu Grabe getragen worden ist, hat sich, was die Schulentwicklungsplanung angeht, exakt nichts getan. Die vor sieben Jahren beschlossene Erweiterung der bestehenden IGS blieb ein hohles Votum. Nicht einmal IGS-Befürworter kümmern sich noch um das Thema. Politik und Verwaltung müssen nun mehr Disziplin zeigen.

Mit Blick auf die bestehende Schullandschaft und den am Mittwoch gefällten Ratsbeschluss, außer an den Gymnasien und an der Oberschule Süd vorerst alles beim Alten zu lassen, wird sich zeigen, ob beide Oberschulen überlebensfähig sind. Das gelingt nur, wenn sich das Anwahlverhalten seitens der Eltern drastisch ändert. Ob dies allein erreicht wird, wenn es eine zentrale Informationsveranstaltung der Stadt gibt, auf der alle Schulformen vorgestellt werden, darf bezweifelt



Schüler des Realschulstandorts Lilienstraße setzen

werden. Es wäre zwar schön, ist aber unwahrscheinlich. Da zeigt sich noch einmal ganz deutlich: Es war ein landespolitischer Fehler, den Elternwillen frei zu geben. Die Situation in der Stadt demonstriert perfekt, dass dies kein Segen ist – weder für Schulen, vor allem nicht für die Kinder überambitionierter Eltern. Doch das ist ein anderes Thema.

Zurück zu den über Schülermangel klagenden Oberschulen: Sie kranken ja nicht nur an einem Bekanntheitsproblem, sondern sie haben, viel schlimmer, ein ganz bestimmtes Image weg. Der Stadtschülerrat hat es zusammen mit dem Kinder- und Jugendparlament ziemlich drastisch auf den Punkt gebracht. In der Wahrnehmung vieler Eltern und auch Schüler sind die Oberschulen „Restschulen“. Die Schülervertreter empfehlen deswegen, diese Schulen zukünftig besser auszustatten. Ganz konkret wollen viele Eltern ihre Kinder dort nicht anmelden, weil die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund hoch ist.

Genau dieses Oberschul-Vermeidungsverhalten führt zu den aktuell auftretenden Problemen: Die Gymnasien und die Realschulen können sich vor Schülern nicht retten. Dass die Realschule am Standort Lilienstraße nun wieder drei Klassen pro Jahrgang aufnehmen

EINE ANALYSE VON ANDREAS D. BECKER

Wird kommen



ten sich für ihre Schule ein. Erst einmal hat sie weiter Bestand.

FOTO: INGO MÖLLERS

darf, wird das nicht ändern. Es ist bei steigenden Schülerzahlen sogar davon auszugehen, dass sich diese drei Schulen und wahrscheinlich auch die IGS noch größeren Interesses erfreuen werden. „Das bedeutet den Tod für die Oberschule“, hieß es denn auch seitens der Verwaltung am Rande der Ratssitzung. Dass es so kommt, zumindest für eine der beiden Oberschulen, erwarten einige Experten. Ein Aspekt, falls es so kommen sollte, sind die Kosten, die eine langsam leer laufende Schule verursacht. Der Wilhelm-von-der-Heyde-Komplex an der Umlandstraße ist nicht gerade klein und zudem in einem sanierungsreifen Alter. Und ist es nachhaltig, jetzt für die Oberschule Süd einen teuren Anbau zu errichten, der vielleicht mittelfristig nicht mehr benötigt wird? All das sind Fragen, die sich die Politik aktuell noch gar nicht gestellt hat.

Die Delmenhorster Union und die FDP machen keinen Hehl daraus, dass sie die Oberschule sowieso für einen bildungspolitischen Fehler einer schwarz-gelben Landesregierung halten. Was sie dabei außer Acht lassen: Die Landesregierung hat die Oberschulen seinerzeit ins Spiel gebracht, weil das alte dreigliedrige System bröselte, kaum noch Schüler wollten zur Hauptschule gehen. Nur ist es nicht

gelingen, Eltern und Schülern klar zu machen, dass Oberschulen mehr als umetikettierte Hauptschulen sind. Sie sind ein Mix aus Real- und Hauptschule, an der alle Abschlüsse dieser Schulformen gemacht werden können.

Grundlegende Konflikte

Aber auch wenn die Politik intensiv über die Schullandschaft der Stadt reden möchte, angefangen bei den Grundschulen bis hin zu den Berufsbildenden Schulen, wird das die grundlegenden Konflikte zwischen den bildungspolitischen Lagern kaum kittern können. Enno Konukiewitz (SPD) betonte im Rat, dass beim Thema zweite IGS das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Aus Sicht von CDU, FDP, UAD und AfD ist es das aber mit Sicherheit. Zudem wollen diese Fraktionen weiterhin die Realschule als sehr beliebte Schulform unbedingt erhalten. Bei SPD & Partner, Grünen, Linken und Bürgerforum/Freie Wähler/Unger ist das nicht in Stein gemeißelt. Das bedeutet, dass das Thema Schulentwicklung weiter mit Verve diskutiert wird. Eins ist aber sicher: Ein Wandel in der städtischen Schullandschaft muss und wird kommen, allein schon wegen des riesigen Themas Inklusion. Nur wie er aussieht, ist weiter offen.

Gymnasien wird geholfen – sonst bleibt alles beim Alten

VON ANDREAS D. BECKER

Zumindest das wirklich drängende, ab dem 1. August 2020 ganz real vor der Tür stehende Problem G9 wurde vom Rat in Angriff genommen. Das, was in der Markthalle am Mittwoch in vielen, teils geheimen, Abstimmungen auf den Weg gebracht wurde, soll die Folgen von G9 auffangen. Um ab dem Schuljahr 2020/2021 einen Jahrgang mehr unterbringen zu können, benötigen das Gymnasium an der Willmsstraße und das Max-Planck-Gymnasium deutlich mehr Platz. Das Maxe erhält dafür einen Anbau, das Willms einen neuen Außenstandort. Alle weiteren Planungen wurden erst einmal vertagt, nun soll über ein längeren Zeitraum ein entsprechendes politisches Konzept erarbeitet werden.

Ein entsprechender Antrag der Fraktion SPD & Partner, mit dem deutlich mehr Daten zur weiteren Beratung eingefordert wurden, wurde angenommen, nachdem er im Bildungs- und auch im Verwaltungsausschuss gescheitert war. Oberbürgermeister Axel Jahnz hatte gleich zu Beginn deutlich gemacht, dass Schulentwicklung nicht stehen bleiben dürfe, sondern ein fortwährender Prozess ist. „Ich kann dem Antrag ohne Vorbehalte zustimmen, die Planung wird sowieso immer weiter fortgeschrieben.“ Dass es aber

20 Gegenstimmen gab, sehr wahrscheinlich von CDU, FDP, UAD und AfD, lag daran, dass die Ratsvorsitzende Antje Beilemann vor der Abstimmung postuliert hatte, dass jede weitere Entscheidung obsolet sei, würde der SPD-Antrag angenommen. Was aber nicht stimmte, danach wurde noch die CDU-Variante zur Schulentwicklungsplanung abgestimmt. „Wir sind nicht gegen Schulentwicklungsplanung, wir haben nur mit Nein gestimmt, weil es hieß, dass unser Antrag sonst raus ist“, erklärte ein CDU-Ratsherr das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion.



Da, wo aktuell noch die Oberschule Süd sitzt, wird das Willms einziehen. FOTO: JANINA RAHN

In einer teils recht spitz geführten Debatte sparten vor allem die beiden größten Fraktionen, SPD & Partner sowie die CDU, nicht mit Kritik aneinander. Frauke Wöhler (CDU) arbeitete sich vor allem am Vorwurf gegen die Variante 1a ab. SPD & Partner hatten die Mehrheit für den CDU-Vorschlag in Bildungs- und Verwaltungsausschuss als „beinahe grob fahrlässige Entscheidung“ kritisiert. „Fahrlässig ist, wie die SPD mit dem Bürgerwillen umgeht. Fahrlässig ist auch, wie Sie mit den Arbeitsressourcen der Verwaltung mit Ihrem Antrag und wie sie mit Lehrern und Schülern umgehen“, sagte Frauke Wöhler und empörte damit vor allem Andrea Lotsios (SPD & Partner). Sie machte noch einmal deutlich, dass der Umgang ihrer Fraktion mit dem Thema eben alles andere als fahrlässig sei. „Wir wollen im Moment keine Diskussion um Schulformen. Und wir wollen auch nicht G9 boykottieren.“ Stattdessen wolle man sich genau damit befassen, wie die Schullandschaft auf absehbar steigende Schülerzahlen sowie auf die Anforderungen durch Migration und Inklusion vorbereitet werden könne. „Sowohl die Stadt als Schulträger als auch wir als Rat tragen die Verantwortung, jedem Kind gute Bildungs- und damit gute Berufschancen zu schaffen.“

Jahnz beantragte dann, dass über die fünf inhaltlichen Punkte der Variante 1a einzeln abgestimmt werden sollte. So hatten alle Parteien die Möglichkeit, die Entscheidungen für

den Ausbau der Gymnasien mitzutragen und voranzubringen. Beim Streitthema, ob es eine oder zwei Realschulen in Delmenhorst geben soll, setzte sich am Ende Jahnz durch: Es bleibt vorerst so, wie es ist: Es gibt die Realschule Delmenhorst mit den Standorten Holbein- und Lilienstraße. Der CDU-Vorschlag, daraus wieder zwei eigenständige Schulen zu machen, scheiterte knapp.

Die Beschlüsse des Rates

Die Schulentwicklungsplanung wird fortgesetzt, die Verwaltung stellt die Daten über Schülerzahlen, Raumbedarfe und vieles mehr, wie von SPD & Partner gefordert, zusammen, um den gesamten Schulsektor von den Grundschulen bis zu den Berufsbildenden Schulen neu aufzustellen. 21 Ja- und 20 Nein-Stimmen.

Die Oberschule Süd wird am Standort Brendelweg zusammengeführt und erhält dafür einen neuen Anbau. 36 Ja, drei Neinstimmen und zwei Enthaltungen.

Das Schulgebäude an der Königberger Straße wird neue Außenstelle des Gymnasiums an der Willmsstraße, auch das Max-Planck-Gymnasium erhält einen Anbau. Einstimmiger Beschluss.

Die Realschul-Standort an der Lilienstraße wird ab sofort wieder drei Klassen pro Jahrgang aufnehmen. 21 Ja- und 20 Nein-Stimmen. AB